

Neue Hoffnung, keine Entwarnung

Das neue Jahr bringt mit den Impfstoffen, die nach und nach zur Verfügung stehen, neue Hoffnung, die Hoffnung auf die Rückkehr eines normalen Lebens mit sozialen Kontakten ohne die Angst vor Ansteckung mit einem potentiell todbringenden Virus. Die Wintermonate aber werden eine harte Zeit. Umso mehr kommt es jetzt auf europäische Solidarität an, auch auf die Vernunft, wie sie unter dem Druck des Pandemiegeschehens eine Einigung über die künftigen Handelsbeziehungen der EU mit Großbritannien in allerletzter Minute ermöglicht hat.

Hoffnung bedeutet auch der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl. Der gewählte Präsident, Joe Biden, hat für 2021 einen Weltdemokratiegipfel angekündigt. Biden will eine Allianz der Demokratien schmieden. Vielleicht müsste es eher eine Allianz der Demokraten heißen, denn die EU ist nicht mehr ausschließlich demokratisch verfasst. Einzelne Mitglieder weisen Merkmale autoritärer Herrschaft auf, haben wichtige Grundfreiheiten beseitigt, die dritte und die vierte Gewalt entmachtet. Und die USA selbst bleiben auch nach Donald Trumps Wahlniederlage ein zutiefst gespaltenes Land, und der Antidemokrat, der noch bis 20. Januar das Weiße Haus bewohnt, wird auch nach seinem Auszug, gestützt auf eine große, treue Gefolgschaft zum Sturm auf die Institutionen der ältesten modernen Demokratie der Welt blasen.

Auch in Deutschland werden die Karten neu gemischt. Im Herbst wird ein neuer Bundestag gewählt und danach eine neue Kanzlerin oder ein neuer Kanzler. Für die überparteiliche Europa-Union bedeutet dies die Chance, ihre Vorstellungen zu einem föderalen Europa in die politischen Diskussionen im Vorfeld der Wahl einzubringen und die Kandidatinnen und Kandidaten hinsichtlich ihrer europapolitischen Orientierungen zu befragen. Angesichts einer seit Jahren aufgeschobenen Debatte um Europas Zukunft wird es alles andere als gleichgültig sein, ob die Parteien lediglich pflichtschuldig Europabekenntnisse ablegen oder ob sie



Die deutsche Ratspräsidentschaft geht zu Ende und hat dicke Bretter gebohrt, aber einfach war es nicht, wie dieser symbolträchtige Schnapsschuss vom EU-Gipfel am 10./11. Dezember einfängt: „Was machen wir bloß mit Polen und Ungarn?“, scheint Parlamentspräsident David Sassoli die Kommissionspräsidentin zu fragen. Oder meint er etwa die -zigste Verlängerung der Brexit-Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich?

Foto: European Union

glaubhafte Strategien für eine Stabilisierung und Weiterentwicklung der Europäischen Union anzubieten haben.

2021 wird aller Voraussicht nach auch das Jahr sein, in dem die Konferenz über die Zukunft Europas endlich an den Start geht. Das Ziel ihres Abschlusses zur französischen Ratspräsidentschaft ist schon kaum mehr einzuhalten. Das sich zuspitzende Pandemiegeschehen, die Wirkung der Impfkampagnen wird sich erst im späteren Jahresverlauf zeigen, droht die Einberufung der Konferenz und ihre Arbeit weiter zu beeinträchtigen. Dass sie aber kommen wird und kommen muss und dass Europa einen neuen Konvent braucht, liegt in Anbetracht der vielfältigen existentiellen Herausforderungen, für die es dringend institutioneller Anpassungen bedarf, auf der Hand. Die Europa-Union Deutschland wird die Konferenz auf allen Ebenen aktiv begleiten und ihre föderalistischen Vorstellungen zusammen mit ihren Schwesterverbänden und der Union der Europäischen Föderalisten einbringen.

Gewiss werden die Verbandsaktivitäten zumindest im ersten Halbjahr 2021 noch stark auf den virtuellen Raum beschränkt sein. Gleichwohl ist unser Engagement gerade jetzt gefordert. Wir müssen dazu beitragen, dass Europa handlungsfähiger wird. Europa und sein

freiheitlich-solidarisches Modell werden nur überleben, wenn es gelingt, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Inneren endlich wieder volle Geltung und Wirksamkeit zu verleihen. Im Äußeren kommt es entscheidend darauf an, dass die Kräfte stärker gebündelt werden, um mehr Stabilität in Europas unmittelbare Nachbarschaft zu projizieren und dem Systemwettbewerb mit China standhalten zu können, das mit seiner bisher erfolgreichen Strategie der wirtschaftlichen Durchdringung auch eine politische Strategie verfolgt. Und zu alledem hinzu kommt die Herausforderung des Klimawandels.

Nur ein föderal verfasstes Europa verheißt eine stabile politische Ordnung für das 21. Jahrhundert. Nach Jahren des Pragmatismus ist es an der Zeit für neue Wege. Dabei geht es weniger um Visionen als vielmehr um klare strategische Vorstellungen und den politischen Willen, diese auch gemeinsam zu verwirklichen. 2021 bringt neue Hoffnung, und wir europäische Föderalisten sind mit Blick auf die Verunsicherung vieler Bürgerinnen und Bürger so gefragt und gefordert wie lange nicht. Machen wir uns also an die Arbeit. Auf das 2021 eine gutes Jahr für Europa und ein besseres für die Welt werde!

Christian Moos
Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland

Leuchtfener der Freiheit

Digitaler Bundesausschuss fasst zukunftsweisende Beschlüsse

Internetprobleme konnten die Delegierten beim gemeinsamen Bundesausschuss von EUD und JEF Anfang November nicht bremsen: Einstimmig verabschiedeten sie zwei wegweisende Beschlüsse zur Zukunft Europas. Den von beiden Verbänden beschlossenen Leitantrag geben wir im Wortlaut wieder:

Konvent nötig – Grundwerte unverhandelbar

Die Europäische Union gründet sich auf universelle Werte: Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen von Minderheiten sind Kern und Basis der europäischen Einigung. Sie sind jedoch am Ende des Jahres 2020 im Inneren der EU und von außen bedroht wie schon lange nicht mehr.

Verletzungen der Pressefreiheit bis hin zu Morden an Journalistinnen, Angriffe auf die Würde von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz und die Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Arbeit nicht nur in Ungarn und Polen, sondern leider auch in weiteren Teilen der EU zeigen die Notwendigkeit einer starken Europäischen Union als Verfechterin von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Angesichts der Unterdrückung demokratischer Proteste wie in Belarus ist es notwendig, diesen universellen Werten weltweit wieder Geltung zu verschaffen.

Zudem ruft die globale Klimakrise nach zukunftsweisenden Maßnahmen zur nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft. Zusätzlich hat die Sars-CoV-2-Pandemie die Schwächen der gegenwärtigen EU, aber auch den grundlegenden Wert der europäischen Einigung zu Tage gefördert. Die ak-

tuellen globalen Krisen sind Anlass, Europa handlungsfähiger zu machen. Ein „Weiter-So“ darf es nicht geben.

Wir rufen alle pro-europäischen Kräfte in Deutschland und Europa auf, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen und für ein starkes, demokratisches und wertebasiertes Europa zu arbeiten. Es ist Zeit, dass sich wieder alle pro-europäischen Kräfte in ganz Europa sammeln und gemeinsam an einem neuen Kapitel der europäischen Einigung arbeiten.

Die deutschen Parteien rufen wir auf, sich mit Blick auf die Bundestagswahl einen Wettbewerb um die besten Ideen zur Weiterentwicklung der EU zu liefern und ihre Vorstellungen einer EU der Zukunft in die öffentliche Debatte einzubringen. Im Sinne unseres Grundgesetzes und der demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderalen Grundsätze der Europäischen Union

Europa-Union trauert um Franz Josef Klein

Völlig unerwartet verstarb am 21. November unser früherer Bundesausschussvorsitzender Franz Josef Klein. „Wir sind tief bestürzt und fassungslos“, sagte EUD-Präsident Rainer Wieland. „Franz Josef Klein war ein glühender Europäer und eine bedeutende Persönlichkeit in unserem Verband. Mit ihm verlieren wir einen hochgeschätzten Weggefährten und langjährigen engagierten Mitstreiter für ein demokratisches und föderales Europa.“ Klein schloss sich schon zu Studentenzeiten den Jungen Europäischen Föderalisten an und wirkte jahrzehntelang in verantwortlicher Position in der Europa-Union Deutschland.

Von 1973 bis 1975 war Franz J. Klein Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten. Später engagierte er sich bei der Europa-Union Hamburg und im Präsidium der Europa-Union Deutschland. Von 2002 bis 2019 war er Vorsitzender des Bundesausschusses. Erst im Juni 2020 wählte ihn die Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Europa-Union Deutschland als Vorsitzenden.

„Franz Josef Klein war uns ein verlässlicher Partner und Ratgeber in den Gremien der Europa-Union. Ja, er war auch ein Parteipolitiker, der, wenn es darauf ankam, hart in der Sache gekämpft hat. In der Europa-Union war ihm aber immer das Verbindende zwischen den pro-europäischen Parteien in Deutschland wichtig. Er wird uns sehr fehlen.“, sagte EUD-Präsident Rainer Wieland.

Der gebürtige Saarländer begann seinen beruflichen Weg als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Von 1980 bis 1984 war er Director of the Economic Committee of the North Atlantic Assembly (NATO-Parlamentarierversammlung). Nach einer Station beim Hanse-Office in Brüssel wurde er 1992 zunächst Stellvertreter, später Sprecher des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und Leiter der Staatlichen Pressestelle. Ab 1998 arbeitete Franz J. Klein in der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit, zuletzt als Amtsleiter. Von 2006 bis 2015 leitete er schließlich die Landesvertretung Hamburg beim Bund in Berlin. Seit 2015 war er Präsident der DEHOGA Hamburg und wurde erst im November für eine neue Amtszeit wiedergewählt. ■

Foto: Gerolf Mosemann



setzen wir darauf, dass sich alle demokratischen Kräfte für die Weiterentwicklung der Europäischen Union einsetzen.

Wir fordern von den europäischen Institutionen, dass die Chance ergriffen wird, die die Konferenz zur Zukunft Europas bietet, um gemeinsam mit den Unionsbürgerinnen und -bürgern *eine erneuerte EU zu schaffen, die ihre Werte nach innen verteidigen kann und nach außen handlungsfähig ist.*

Die Konferenz muss zu konkreten Ergebnissen führen, die auch ohne Vertragsänderungen umgesetzt werden können. Im Anschluss sollte ein Konvent die aus der Konferenz sich ergebenden grundlegenden Vertragsänderungen vorbereiten. Dazu gehören zum Beispiel das Ende der Einstimmigkeit im Rat, eine klarere, besser funktionierende Aufteilung der Zuständigkeiten, ein einheitliches europäisches Wahlrecht, falls es nicht bereits im Laufe der Legislaturperiode eingeführt und zur Wahl in 2024 umgesetzt wird, und die vollständige Gleichstellung des Europäischen Parlaments in allen Politikbereichen mit dem Rat.

Wir rufen dazu auf, dass die Bundesregierung die Initiative ergreift, *gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten endlich wieder Leuchttürme der Integration zu errichten und so den Blick für die Zukunft Europas zu weiten.* Solche Leuchttürme sollen sodann auch denjenigen Mitgliedstaaten Orientierung geben, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht an der Spitze einer weiter vertieften Integration stehen können oder wollen. Der Schengen-Raum oder der Euro haben sich so entwickelt. Das Tempo der europäischen Einigung darf nicht mehr von wenigen bremsenden Regierungen bestimmt werden.

Wir fordern die Entwicklung und Sichtbarmachung europäischer Zukunftsprojekte, die den Bürgerinnen und Bürgern den europäischen Mehrwert greifbar machen. Die ökologische und die digitale Transformation sind solche gesamteuropäischen Herausforderungen, die nun zu einem europäischen Projekt gemacht werden müssen. Insbesondere hat die Sars-CoV-2-Pandemie aufgezeigt, dass die Gesundheitspolitik einen solchen europäischen Mehrwert bringen könnte. Die Chance muss jetzt ergriffen werden,

„solange das Eisen heiß ist und geschmiedet werden kann“. Bei der Arzneimittelproduktion muss Europa wieder autark werden!

Wir rufen dazu auf, die Debatte über die Zukunft und Finalität Europas dafür zu nutzen, *die Bedeutung der grundlegenden Werte der EU wieder sichtbarer zu machen und mit Leben zu füllen.*

Mit jeder europäischen und internationalen Krise, ganz gleich welcher Art, wurde eins deutlich: Die mühsam errungenen Kompromisse, die sich im Anschluss als wirklich praxistauglich zur Problemlösung erwiesen, trugen seit jeher eine föderalistische Handschrift. Das zeigt uns deutlich, dass *die Idee des europäischen Föderalismus nach wie vor passende Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen unseres Kontinents bietet* und wir mit den Bürgerinnen und Bürgern der EU jetzt erst Recht mit Mut und Verve den Weg in ein föderales Europa gehen müssen.

Vor 70 Jahren war die europäische Einigung Hoffnung für viele Menschen in Europa und der Welt. *Wir wollen, dass die EU auch zukünftig ein Leuchtturm der Freiheit ist.* Lasst uns jetzt gemeinsam den Weg zu einem europäischen Bundesstaat beschreiten!

Wiederaufbau nur mit den Kommunen

Der Bundesausschuss der Europa-Union verabschiedete den Beschluss „Europäischen Wiederaufbau mit Kommunen gestalten“. Dort wird betont, dass besonders die Städte und Gemeinden Europas unter den Folgen der Corona-Krise leiden: „Die lokal verwurzelten kleinen und mittleren Betriebe und die Solo-Selbstständigen haben besonders mit der Rezession zu kämpfen, Geschäfte und Restaurants in den Innenstädten verzeichnen erhebliche Umsatzeinbußen und mussten zum Teil bereits schließen und die häufig kommunal getragenen Theater und Museen haben erhebliche Rückgänge an Besuchern zu verzeichnen.“

Daher müssten sie in den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft eingebunden werden. „Ein substanzieller Teil der Mittel aus dem Aufbauinstrument 'Next Generation EU' (NGEU) in Höhe von 750 Mrd. Euro muss



Dienstjubiläum zur Premiere

Unser herzliches Dankeschön gilt Birka Meyer-Georges (l.) und Janine Topaloglu, die seit zehn Jahren für die Bundesgeschäftsstelle der Europa-Union tätig sind. Unter Beachtung der Hygienevorschriften und im kleinen Kreis der Kolleginnen und Kollegen, die zur Betreuung des ersten digitalen Bundesausschusses in Berlin zusammengekommen waren, würdigten Bundesgeschäftsführerin Birgit Köbling und BA-Vorsitzende Katharina Wolf die hervorragende Arbeit und den unermüdlichen Einsatz der beiden engagierten Mitarbeiterinnen, die seit über einem Jahrzehnt mit Herzblut dabei sind.

Foto: EUD

den europäischen Städten und Gemeinden zufließen, sodass sie ihre lokalen Ökonomien wiederaufbauen können. Die europäischen Städte und Gemeinden müssen lebenswerte Orte mit Arbeitsplätzen, Geschäften und kulturellen Einrichtungen bleiben. Um dies zu gewährleisten, brauchen die Städte und Gemeinden Zugang zu den europäischen Wiederaufbaumitteln.“ Der europäische Gesetzgeber sei aufgefordert, „sicherzustellen, dass die Städte und Gemeinden bei der Erstellung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne eingebunden werden“. Pläne, die ohne eine substanzielle Beteiligung der Kommunen und ihrer Verbände erstellt werden, dürften durch die Europäische Kommission nicht genehmigt werden.

Zum Beschluss im Wortlaut:

<https://www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2020> ■

„Democracy is Europe“

Geschichte. Bei seiner Doku-Live-Präsentation nahm der Politikwissenschaftler und Journalist Ingo Espenschied das Publikum mit auf eine Reise durch die deutsch-deutsche Geschichte: von der deutschen Teilung nach dem 2. Weltkrieg bis zur Wiedervereinigung in einem geeinten Europa. Als Zeitzeugin wirkte EUD-Bundesgeschäftsführerin Birgit Köbling mit. Sie berichtete mitreißend und differenziert von ihren Erfahrungen als junge DDR-Bürgerin und von den Leipziger Montagsdemonstrationen.

Menschen die Slogans von damals missbrauchten, um Forderungen zu propagieren, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik richteten. Beim Training „Demokratie verteidigen – radikal höflich“ mit Expertinnen und Experten der Initiative „Kleiner Fünf“ lernten Schülerinnen, Schüler und Studierende, wie sie Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in Alltagssituationen sinnvoll begegnen können. Bei praktischen Übungen zu europaskeptischen Aussagen konnten sie die vorgestellten Gesprächstechniken direkt in die Tat umsetzen. Aufgrund der großen Nachfrage werden wir den Workshop 2021 erneut anbieten.

Zum Abschluss der Reihe schlug unser Bürgerdialog aus der Reihe „Europa – Wir müssen reden!“ mit der Frage „Wie halten wir es heute mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit?“ den Bogen zur Gegenwart. Dr. Marek Prawda, Vertreter der Europäischen Kommission in Polen, und Selmin Çalışkan, Direktorin für Institutionelle Beziehungen im Berliner Büro der Open Society Foundations, berichteten über die Lage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn. Dabei machten sie allerdings deutlich, dass es auch in vielen anderen EU-Staaten immer wieder Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit gebe. Wie drängend das Thema empfunden wird, zeigten auch die vielen Fragen aus dem Publikum. Im Rahmen des EU-Projektes „Democracy is Europe“ werden im kommenden Jahr weitere UEF-Sektionen ähnliche Veranstaltungen organisieren, unter anderem in Bulgarien, Italien und Spanien. ■



*Der Bürgerdialog über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit rundete das dreitägige EU-Projekt ab.
Illustrationen auf der Doppelseite: Christine Oymann*

Vom 1. bis 3. Dezember nahmen fast 200 Interessierte aller Altersgruppen an den Online-Veranstaltungen teil. Die Reihe startete mit einem ganz persönlichen Blick in unsere

„Wir sind für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit auf die Straße gegangen“, betonte sie und zeigte sich sehr besorgt darüber, dass heute

Mit viel Pragmatismus zum Kompromiss

In keinem anderen Politikfeld gehen die Positionen der EU-Mitgliedstaaten so auseinander wie bei der Migration. Während die einen die verpflichtende Verteilung von Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union fordern, verweigern die anderen grundsätzlich die Aufnahme. Mit dem EU-Migrationspakt legt die Europäische Kommission einen pragmatischen Vorschlag für einen Kompromiss vor.

Um sich näher mit dessen Inhalt auseinanderzusetzen, hat die EUD am 19. November den Online-Bürgerdialog „Zwischen Blockade, Grundwerten und Solidarität: Der neue EU-Migrationspakt als Lösung?“ organisiert. Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums des Inneren, und Prof. Dr. Daniel Thym, stellv. Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, stellten

sich den oftmals kritischen Fragen der über 100 Teilnehmenden. Durch den Abend leitete Vera Wolfeskämpfer, Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio.

Deutsche Ratspräsidentschaft im Pech

Die Bundesregierung hatte sich ein ehrgeiziges Ziel für die deutsche Ratspräsidenten-

schaft gesetzt: Nach fünf Jahren Debatte sollte endlich ein neues Abkommen abgeschlossen werden, das den Umgang Europas mit Geflüchteten regelt. Die beiden Diskutanten sahen sich jedoch einig, dass dieses Ziel wohl verfehlt wird. Dies liegt aber nicht an der Bundesregierung. Einige unglückliche Zufälle haben den Prozess erschwert: Der Vorschlag der Kommission hat sich immer weiter verzögert, die Corona-Pandemie und die anhaltenden Brexit-Verhandlungen haben politische Ressourcen verbraucht. Außerdem ist der Entwurf der Kommission hochkomplex.

Zwischen Abschottung und Solidarität

Grob lassen sich die Positionen der Mitgliedstaaten in drei Gruppen unterteilen. Die Mittelmeeranrainer Spanien, Zypern, Malta, Griechenland und Italien wollen in erster Linie den Dublin-Mechanismus auflösen, der die Geflüchteten dazu verpflichtet, im Ankunftsland den Asylantrag zu stellen. Stattdessen fordern diese Länder eine gerechtere Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. In der zweiten Gruppe befinden sich die Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn), die sich vor allem gegen eine verpflichtende Verteilung von Geflüchteten auf alle Mitgliedstaaten aussprechen. Eine ähnliche Position wird zum Teil von den baltischen Staaten, Österreich und den Niederlanden vertreten. Zur dritten Gruppe gehören Länder wie Deutschland, Schweden oder Irland, die eine vermittelnde Position einnehmen. Diese verzwickte Aussichtslage erklärt, warum Stephan Mayer die Tatsache, dass sich bisher kein Mitgliedstaat kategorisch gegen den Vorschlag ausgesprochen hat, bereits als Erfolg bezeichnete. Die Kommission habe, meinte Professor Thym, einen Entwurf vorgelegt, der von jeder der drei Gruppen etwas abverlangt, aber von allen akzeptiert werden kann. Auf die Kritik, dass die Kommission dabei zu sehr auf Abschottung setze, entgegnete Thym, dass Migration in vielen Mitgliedstaaten kein Gewinnerthema ist. Wenn trotzdem die Zustimmung aller Regierungen notwendig sei, bedeute dies automatisch, dass die EU-Politik restriktiver werde.

Was steckt im Paket?

Ankommende sollen direkt an den EU-Außengrenzen einem Screening unterzogen



werden, bei dem Sicherheits- und Gesundheitsfragen getestet werden. Menschen aus Staaten mit einer Anerkennungsquote von unter 20 Prozent werden in ein Schnellverfahren geschickt. Innerhalb von 12 Wochen soll dann über den Asylantrag entschieden werden. Minderjährige und vulnerable Personen sind von diesem Schnellverfahren ausgenommen.

Eine verpflichtende Verteilung der Geflüchteten auf alle Mitgliedstaaten findet nicht statt. Allerdings muss jeder Mitgliedstaat „Solidarität“ zeigen und sich an der gemeinsamen Aufgabe beteiligen: entweder, indem er Geflüchtete aufnimmt, oder die Rückführung von abgelehnten Asylbewerberinnen und -bewerbern unterstützt. Die EU-Kommission setzt dabei auf das Modell der Rückführpatenschaften. Das bedeutet, dass Mitgliedstaaten sich darauf spezialisieren, Abschiebungen in ein bestimmtes Herkunftsland zu organisieren.

Pragmatismus auf Kosten der Humanität?

Auch wenn Staatssekretär Mayer betonte, dass er eine verpflichtende Verteilung von Geflüchteten begrüßt hätte, sieht er den Vorschlag der Kommission grundsätzlich positiv. Für die ausgesprochene Enttäuschung einer Zuschauerin, die EU verrate mit diesem Vorschlag ihre Menschlichkeit, hatte er wenig Verständnis. Es bestünde zwar ein Recht auf einen Asylantrag, jedoch müsste

ein negativer Bescheid eine Rückführung nach sich ziehen. Dies sei nicht inhuman, sondern die Umsetzung von Recht. Ein Verzicht auf Rückführungen würde langfristig die Akzeptanz der Bevölkerung gefährden. Professor Thym betonte, dass es auf die Umsetzung des EU-Vorschlags in der Praxis ankomme. Er fordert daher, die EU-Agenturen vor Ort stärker zu unterstützen.

Prioritäten in der Migrationspolitik

Für eine Mehrheit der Teilnehmenden des Bürgerdialogs sollte der Fokus der EU auf der Schaffung von humanitären Bedingungen für Schutzsuchende liegen. Staatssekretär Mayer hält insbesondere die Bekämpfung von Fluchtursachen für wichtig. Professor Thym wollte sich nicht entscheiden: Ein EU-Migrationspakt müsse alle Punkte umfassen. Migration sei eine Herausforderung, die nur supranational gelöst werden könne.

Wie ein solches Abkommen aussehen wird, ist noch fraglich. Die Verhandlungen dazu werden in der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft weiter fortgeführt werden. Der sachlich geführte Bürgerdialog hat allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gezeigt, wie komplex der Weg zu einem Kompromiss sein wird.

Gekürzte Fassung eines Beitrages von Fabian Waiblinger in treffpunkteuropa.de. treffpunkteuropa.de ist Medienpartner der Bürgerdialogreihe der Europa-Union.



Demokratie lebt

Hybrider JEF-Bundeskongress in Münster

„Hat noch jemand etwas hinzuzufügen? Offenbar nicht, daher würde ich vorschlagen, wir gehen weiter zu Punkt 3.“ So ähnlich werden dieses Jahr wohl viele Sitzungen und Team-Meetings digital via Zoom, Webex und Co. abgelaufen sein. Obwohl die JEF gerade auf Bundesebene sehr digital aufgestellt ist und auch in Nicht-Corona-Zeiten oft online und via Telefon arbeitet, so hat das Corona-Jahr doch seine Spuren hinterlassen: Keine Stammtische in der Kneipe, keine internationalen Fahrten, keine Workshops und Seminare in Präsenz, keine Begegnungen ohne „Meine Verbindung ist nicht so gut, könnt ihr mich hören?“. Die Mitgliedergewinnung fällt schwer und auch das fehlende gemeinsame Verbandsleben durch aktive Begegnungen und politische Gespräche macht sich bemerkbar. Dennoch können wir als JEF auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurückschauen.

Wenn wir eine Erkenntnis mitnehmen können, dann die, dass Demokratie lebt. Trotz Corona haben unsere Landes- und Kreisverbände kreative Wege gefunden, auch online politisch aktiv zu sein. Zahlreiche und vielfältige Online-Seminare, Veranstaltungen und Aktionen sind bestes Beispiel dafür. Ob digitale Sport-Session, Pub-Quiz oder auch politische und teils transnationale Diskussionen mit hochkarätigen Gästen: Die JEF hat sich ihren #jefspirit nicht nehmen lassen.

Ein besonderes Highlight: der hybride Bundeskongress vom 9. bis 11. Oktober in Münster. Unter Einhaltung eines strengen Hygienekonzepts zusammenzukommen, politische Themen zu debattieren und Be-

schlüsse zu fassen hat uns bestärkt, bekräftigt und motiviert. Der Bundeskongress hat klargemacht, dass wir als JEF keine Schönwetter-Demokratinnen und -Demokraten sind, sondern auch in Krisenzeiten #EuropaMachen und zwar so, wie schon seit über 70 Jahren: demokratisch, föderal und überparteilich.

Die bereits bestehenden digitalen Strukturen sind unser Anker, um gut durch diese Krise zu kommen. So konnten wir zum Beispiel „verbands:stoff“ entwickeln, ein Angebot, um unseren Mitgliedern auf Kreis- und Landesebene praktisches JEF-Wissen für alle denkbaren Szenarien an die Hand geben zu können und den Verband damit von innen zu stärken. Und auch politisch sind wir laut geblieben: Wir haben Veranstaltungen organisiert und online durchgeführt, Statements und offene Briefe zu aktuellen politischen Themen verfasst und unsere mediale Präsenz erhöht, nicht zuletzt durch die gemeinsame Kampagne mit der Europa-Union zur deutschen Ratspräsidentschaft #BesserZusammen.

Ein passenderes Motto gibt es in diesen Zeiten für uns kaum: #BesserZusammen sind wir gemeinsam als JEF mit all unseren Kreis- und Landesverbänden und unserem Europaverband. Wir sind #BesserZusammen mit unserem Netzwerk und unseren Partnerinnen und Partnern, mit denen wir gemeinsam durch diese Krise gehen. Und dieses Commitment, die Krise gemeinsam als Europa zu meistern und solidarisch zu handeln, fordern wir auch von jedem Mitgliedstaat der EU.



BuKo „hybrid“: Die Delegierten waren teilweise zugeschaltet, andere konnten „live“ abstimmen.

Foto: JEF Deutschland/Lutz Gude

Denn für uns sind Demokratie und Solidarität eine Aufgabe, die jede und jeder einzelne von uns sich tagtäglich zu eigen machen muss. Und mit dieser Haltung freuen wir uns als frisch gewählter Bundesvorstand, mit einem starken Team und einer – erstmalig in der Geschichte der JEF – weiblichen Doppelspitze in das neue Jahr 2021 zu starten. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist für uns ein wichtiges Ereignis. Wir wollen als JEF die pro-europäische Stimme der Jugend repräsentieren und einbringen. Gleiches gilt für die Bundestagswahl im Herbst. Auch hier wollen wir dazu beitragen, Europa als wichtiges – wenn nicht sogar wichtigstes – und unumgängliches Thema zu etablieren. Sofern es im Rahmen von Corona möglich ist, möchten wir im kommenden Jahr auch unbedingt unser Verbandsleben und die gegenseitigen Begegnungen stärken.

Als überzeugte Europäer*innen setzen wir uns seit jeher – aber in schwierigen Zeiten erst recht! – für ein geeintes und friedliches Europa, für einen föderalen europäischen Bundesstaat ein. Und das werden wir auch 2021 tun.

Emmeline Charenton

Rheinland-Pfalz

Geschichte hautnah

Eher unscheinbar verbirgt sich in der Grenzregion zwischen der rheinland-pfälzischen Westpfalz und dem französischen Grande Est ein Ort, der für die europäische Geschichtsschreibung nach dem 2. Weltkrieg eine enorme Bedeutung einnimmt.

In St. Germanshof, einem Ortsteil der Gemeinde Bobenthal, der an die französische Gemeinde Wissembourg/Weißenburg grenzt, ist das symbolische Vorbild vieler bekannter Aktionen für ein föderales Europa ohne Grenzen geboren.

Am 6. August 1950 gelang es erstmalig jungen Menschen aus vielen europäischen Staaten, symbolisch die Zollschranken einzureißen und feierlich für ein föderales Eu-

ropa ohne Binnengrenzen zu demonstrieren. Es versammelten sich an die 300 Männer und Frauen, Studenten, Professoren, Politiker und Journalisten aus neun verschiedensten europäischen Ländern, die alle an die Idee eines vereinten Europas glaubten. „Offene“ Grenzen und ein föderales Europa waren wesentliche Forderungen der damals verfassten und verlesenen Erklärung.

Die Bedeutung des Grenzsturms am



Erinnerung an den „Grenzsturm“ in St. Germanshof: Eine Aktionsgemeinschaft kümmert sich um das Europadenkmal und macht die Geschichte lebendig.



Fotos: EUD Rheinland-Pfalz

St. Germanshof reiht sich somit in die Geschichtsträchtigkeit des Hambacher Fests wie auch des Schengener Abkommens ein.

Heute bietet der St. Germanshof ein Denkmal zur Europäischen Vereinigung und dessen Einsatz für den Dialog junger Menschen in Europa. Die dort 2003 gegründete Aktionsgemeinschaft Bobenthal – St. Germanshof e.V. hat sich zur Aufgabe gemacht, diese europäische Grenzgeschichte für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Seit Oktober 2020 hat der EUD-Landesvorsitzende Dr. Norbert Herhammer den Vorsitz der Aktionsgemeinschaft übernommen und möchte so die Zusammenarbeit der beiden Vereine stärken und die Bedeutung von St. Germanshof für Europa bekannter machen.

Auf der Homepage des Vereins unter citi-zens-4-europe.eu finden sich alle Informationen rund um das Ereignis am 6. August 1950. In toller Qualität und journalistischer Aufarbeitung können sich Interessierte hier auch Videos anschauen, in denen Zeitzeugen des Grenzsturms zu Wort kommen. Ein Besuch auf der Seite lohnt sich.

JEFer online engagiert

Die Legislatur 2020 war für die JEF wie für alle eine große Herausforderung. Viele der geplanten Projekte mussten vorübergehend auf Eis gelegt werden. Doch wir ließen uns nicht unterkriegen. Mit verschiedenen Social Media Formaten konnten wir uns an der politischen Debatte beteiligen. So haben wir beispielsweise mit einem Videointerview zum Thema „Black Lives Matter“ versucht, ein Bewusstsein in der Gesellschaft, aber auch im eigenen Ver-

band zu schaffen, das wir stetig weiter bearbeiten. Ferner hatten wir Insta-Live-Veranstaltungen mit Katarina Barley und Jutta Paulus, und wir freuen uns darauf, daraus eine Serie zu machen. Mit drei erfolgreichen Online-Landes-Stammtischen konnten wir einen Plan zur Einbindung von Mitgliedern im ländlichen Raum angehen. In mehreren Online-Veranstaltungen mit der JEF Kosovo/Albanien und anderen Partnern, beispielsweise Rainer Wieland, konnten wir eine Kooperation ausbauen, die hoffentlich 2021 in eine Länderfahrt mit der JEF Hessen nach Albanien mündet. Mit unserem saarländischen Schwesterverband haben wir eine Klage gegen die Grenzschießungen zu Frankreich eingereicht. Das Thema Grenzschießungen konnten wir zudem mit einer spontanen, Corona-konformen Veranstaltung in St. Germanshof, dem Ort des Grenzsturms 1950, erweitern, bei der unter anderem Zeitzeugen anwesend waren.

Ein letzter und großer Schwerpunkt ist die Nutzung von freier Software. Hierzu hat vor allem die JEF Trier Input, Ideen und zwei Anträge zum Bundeskongress vorgelegt. Die Arbeit des Vorstandes konnten wir dabei problemlos auf freie Software umstellen. Wir freuen uns auch, dazu in einem JEF-Bundesprojekt aktiv sein zu können und das Thema weiter in den Verband zu tragen.

Hervorheben wollen wir außerdem unsere Arbeit vor Ort in den Kreisverbänden, wo wir es trotz der erschwerten Umstände geschafft haben, aktiv und sichtbar zu bleiben. In Mainz-Wiesbaden gelang es dem Kreisverband unter neuer Führung, trotz Corona einen regelmäßigen Stammtisch zu etablieren. Die JEF Trier hat am Anfang der Pandemie in einer Zitate-Sammlung Stimmungen von fast 200 Einsendern und Einsenderinnen gesammelt, die online einsehbar sind.



Dezentrale Feiern: In einer Grundschule in Gogolin erhielten die Preisträger die ministeriellen Urkunden aus Mainz. Foto: Archiv Grundschule Nr. 2 Gogolin

EUnited trotz Pandemie

Als der 67. Europäische Wettbewerb unter dem Motto „EUnited – Europa verbindet“ ausgeschrieben wurde, ahnte niemand, dass ihm eine Pandemie den Weg zu feierlichen Preisverleihungen auf Landesebene in Rheinland-Pfalz und in Polen versperren würde.

Und wirklich: 2020 war die mit dem Bildungsministerium angedachte zentrale Veranstaltung zur Auszeichnung der 164 ersten Landeseinzelpreis- und -gruppenpreisträger in Mainz leider nicht möglich. In Reaktion auf den scheußlichen Mordanschlag auf die Synagoge in Halle sollte im Mittelpunkt der Tagesveranstaltung der Besuch der neuen Mainzer Synagoge als Zeichen für persönliche Abwehr von Antisemitismus und Rassismus stehen. Vielleicht wird dies 2021 möglich.

Die Preise wurden an die Schulen mit der Bitte übersandt, sie in angemessenem Rahmen im Namen von Bildungsministerium und Europa-Union zu überreichen. Die Infektionslage in Polen gestattete nur die Übergabe in den einzelnen Klassen namens der beiden Veranstalter.

Verantwortlich: Lisa Mandau



Mecklenburg-Vorpommern

Wichtige Weichenstellungen

Bilanz zur deutschen Ratspräsidentschaft, 30-jähriges Jubiläum des Landesverbandes und ein Bürgerdialog zu den Zukunftskonferenzen der EU: Beim Landesseminar am 10. Oktober war viel geboten. Trotz Corona konnten wir es wie geplant durchführen. Einige Referenten mussten wir online zuschalten, was eine kleine Herausforderung war, aber trotz der Übertragungsschwierigkeiten ganz gut gelungen ist. Nun ja, das Internet in Mecklenburg-Vorpommern muss halt besser werden. Aber dafür gibt es ja die Digitalisierungsstrategien auf EU-, Bundes- und Landesebene. Hoffen wir, dass diese bald umgesetzt werden!

Fast 50 Gäste waren dabei und wurden von Rüdiger Prehn, Stadtpräsident der Stadt Waren (Müritz), begrüßt. Die Vizepräsidentin des Landtages, Dr. Mignon Schwenke MdL, hob in ihrer Ansprache ausdrücklich die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit unseres Bildungsträgers für die Demokratiebildung und -entwicklung im Land hervor.



Ehrenamtliches Engagement ist wichtig für die Demokratie: Das meinte Landtagsvizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke in ihrem Grußwort. Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern habe seit ihrem Bestehen wesentlich dazu beigetragen.

Foto: Axel Schöne

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist ein wichtiger Meilenstein für die Weichenstellungen in der Union. Nicht nur die Fragen des Mehrjährigen Finanzrahmens bis 2027 standen beim Landesseminar im Mittelpunkt,

sondern auch konkrete Fragen in Politikfeldern wie Gemeinsame Agrarpolitik, Digitalisierung, Green Deal, Industriepolitik für die Zukunft, Mobilität und vieles mehr. Experten von der Europa-, Bundes- und Landesebene standen für Eingangsstatements, Fragen und Diskussionsbeiträge zur Verfügung.

EUD-Generalsekretär Christian Moos stellte ausführlich die gegenwärtigen Herausforderungen innerhalb der EU dar. Ein wichtiges Gut müsse die Rechtsstaatlichkeit in der EU bleiben. Deshalb müssten die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen an die Einhaltung dieser grundlegenden europäischen Norm gebunden bleiben, so Moos. Da ist die Europa-Union ganz auf der Seite des Europäischen Parlamentes.

Der Leiter der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union, Dr. Lars Friedrichsen, gab einen umfassenden Überblick über die deutsche Ratspräsidentschaft und deren bisherigen Ergebnisse zum damaligen Zeitpunkt. Durch die Corona-Pandemie hätten leider viele der ursprünglichen Ziele noch nicht in Angriff genommen werden können bzw. die Verhandlungen steckten fest. Das galt für die Brexit-

Verhandlungen, den Mehrjährigen Finanzrahmen oder die Gemeinsame Agrarpolitik. Auch die Vorbereitungen für die Zukunftskonferenzen sind ins Stocken geraten. Vieles wird auf die kommenden Ratsvorsitze (Portugal, Slowenien) verschoben werden müssen. Dazu gebe es aber das Instrument eines Trioprogramms.

Mit den Zukunftskonferenzen sollen wichtige Fragen der künftigen Entwicklung der Europäischen Union angesprochen werden. Dazu führten wir Bürgerdialoge durch, die die interessierte Öffentlichkeit des Lan-

des in den Diskussionsprozess auf europäischer Ebene einbeziehen sollen. Unter dem Motto „Europa, was bringt's mir“ erfolgte eine breite Debatte über die Vorteile des europäischen Zusammenhaltes nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch für jeden einzelnen. Landtagsvizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke und der Landesgeschäftsführer der Europa-Union, Ralf-Peter Hässelbarth, diskutierten intensiv mit den Teilnehmenden und stellten an zahlreichen Beispielen die lebensweltlichen Bezüge von Entscheidungen auf europäischer Ebene dar.

Auf kleinen Kärtchen konnten die Gäste ihre Wünsche und Vorstellungen für eine zukünftige Europäische Union aufschreiben. Das fand eine breite Resonanz. Hier einige Zitate:

*„Mehr Haltung zu den europäischen Werten!
Die Asylpolitik der EU ist ein Desaster!“*

„Weniger Bürokratie, entschlosseneres Handeln, mehr Einheit, stärkere Werte!“

„Mehr Konsequenzen in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, gemeinsame Außenpolitik, innere Überzeugungsarbeit für mehr Zusammenhalt und Solidarität, mehr Mittel für Austauschprogramme!“

„Rückkehr zu Nationalismus verhindern!“

„Daseinsvorsorge so ordnen, dass alle menschenwürdig leben können!“

„Weiterhin eine aktive Friedenspolitik betreiben!“

Das Format der Veranstaltung wurde durchweg als sehr positiv empfunden. Die geäußerten Meinungen und Ansichten gehen in den weiteren Diskussionsprozess ein.

In seiner 30-jährigen Geschichte hat der Landesverband wesentlich dazu beigetragen, den Europagedanken in unserem Bundesland zu fördern. Für ihren Einsatz wurden die ehrenamtlich Tätigen aus Anlass des Gründungsjubiläums geehrt, so der Landesvorsitzende Jürgen Lippold und andere Aktive.

Ausgezeichnet wurden auch Teilnehmende des 67. Europäischen Wettbewerbs. 2919 Kinder und Jugendliche aus 38 Schulen des Landes haben sich daran beteiligt und sich für die Verbreitung des Europäischen Gedankens eingesetzt.

Verantwortlich: Ralf-Peter Hässelbarth

Schleswig-Holstein

Lehrerfortbildung Europakompetenz

Vom 30. September bis 2. Oktober kamen, dieses Mal in verkleinerter Runde, 16 Lehrerinnen und Lehrer aus Schleswig-Holstein in Sankt Andreasberg für den Zertifizierungskurs Europakompetenz zusammen. Veranstalter war der Landesverband mit dem IQSH, dem Internationalen Haus Sonnenberg und dem Europe Direct Kiel.

In verschiedenen Modulen ging man der Frage nach, wie Europa an die Schulen gebracht werden kann. So wurden globale Herausforderungen und der Sinn der Europäischen Union erörtert und Tipps und Tricks aus dem Alltag einer Europa-Schule in Schleswig-Holstein geteilt. Anschließend wurden in einem von Carina Strüh und Enrico Kreft geleiteten Modul die europapolitischen Bildungsangebote der Europa-Union Schleswig-Holstein vorgestellt, mit den Teilnehmenden erprobt und diskutiert.

Außerdem wurden erste Schritte auf dem Weg zu einem eigenen Projekt besprochen, so dass die Lehrerinnen und Lehrer nun gewappnet sind, ein Europaprojekt zu starten. Auch für das nächste Jahr ist die Lehrerfortbildung Europakompetenz vom Landesverband wieder geplant.



Sie wollen Europa in die Schulen bringen: Gruppenfoto beim Europakompetenz-Seminar

Foto: IQSH

Videoprojekt zur Ratspräsidentschaft

Gemeinsam mit der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein und dem Europe Direct Kiel führt der Landesverband ein Videoprojekt zur Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 durch. Die Themen der einzelnen Videoprojekte ergeben sich aus den Prioritäten, die Deutschland während seiner EU-Ratspräsidentschaft angeht bzw. angegangen ist.

Das erste Video beschäftigt sich mit dem Europäischen Green Deal. Hierzu wurden Interviews zur europäischen Klima- und Umweltpolitik geführt: mit Prof. Dr. Martin Visbeck (GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel), Sophia Poot (Fridays for Future Lübeck), Stephan Gersteuer (Bauernverband SH) und Rasmus Andresen (MdEP, Grüne).

Im zweiten Videoprojekt steht die europäischen Asyl- und Migrationspolitik im Fokus. Hier äußerten Delara Burkhardt MdEP, Martin Link (Geschäftsführer Flüchtlingsrat SH), Julian und Natalie von der Seebrücke Kiel als Interviewpartner ihre Meinungen und Erwartungen zur europäischen Migrationspolitik und erläuterten, wie Schleswig-Holstein effektiv Einfluss nehmen könnte.

Weitere geplante Videoprojekte werden zum Mehrjährigen Finanzrahmen und der Gleichstellung produziert und sollen im Verlauf der Ratspräsidentschaft veröffentlicht werden. Ankündigungen zu den jeweiligen Videoprojekten finden sich auf den Social Media Accounts des Landesverbands, die vollständigen Videos werden auf dem YouTube-Kanal veröffentlicht.

EU Quiz-Night

Am 17. September führte der Landesverband zusammen mit dem Europe Direct Kiel eine EU Quiz-Night durch – diesmal als Online-Version. In fünf Fragestunden konnten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ihr EU-Wissen testen. Neben allgemeinen Einstiegsfragen zur Europäischen Union ging es um die Flaggen einiger EU-Mitgliedstaaten, die EU-Institutionen, das Erraten von einzelnen Politikern und um die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Durchgeführt wurde die Veranstaltung als Videokonferenz, in der mithilfe einer App alle Spielerinnen und Spieler gleichzeitig die Fragen beantworten konnten. Für die Gewinner gab es zum Europathema passende Herbstpakete. Eine Wiederholung dieses Veranstaltungsformates ist bereits geplant.

Verantwortlich: Carina Strüh



Saarland

Für mehr Demokratie!

Als Reaktion auf die unkoordinierten Grenzschießungen zu Beginn der Corona-Pandemie mit vielen negativen Auswirkungen in der Region hat die Europa-Union Saar ein Strategiepapier zur Föderalisierung und Demokratisierung Europas entwickelt. Dadurch soll ein selbstbestimmtes Zusammenleben in den Grenzregionen gefördert werden, das lokale, angemessene Lösungen ermöglicht.

Die Freizügigkeit ist ein Grundrecht der europäischen Bürger. Seine Einschränkung schadet dem Vertrauen in das europäische Projekt. Nach dem Verständnis des Landesverbandes ist die föderale Entwicklung des

europäischen Projekts die einzige Option für die Zukunft. „Die Institutionen der Europäischen Union müssen weiter demokratisiert werden und nationale Hoheitsrechte zugunsten der Bildung einer europäischen Föderation eingeschränkt werden, um die Nationalstaaten irgendwann ganz zu überwinden“, erklärt die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger.

So soll das Europäische Parlament echte legislative Gewalt erhalten und die Kommission auf Vorschlag des Europäischen Rats wählen. Das Spitzenkandidatenprinzip soll verbindlich werden. Das Europäische Parlament soll aus transnationalen Listen gewählt werden. Und an den EU-Innengrenzen sollen transnationale Wahlkreise gebildet werden. Perspektivisch sollen zudem die Regionen, auch transnational, die konstitutionellen Träger der europäischen Föderation werden.

Die hiesige Großregion, die Teile Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Luxemburg umfasst, soll nach der Vorstellung des Landesverbandes als Reallabor für die Erprobung dieser Neuerungen dienen.

Diskutiert wurden diese Thesen beim zweiten „Online-Meeting mit Europa“ am 26. November mit Prof. Dr. Thomas Giege, Lehrstuhl für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht, Direktor des Europa-Instituts der Universität des Saarlandes, und Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Auch wenn die vermittelte Vision beiden begeisterten Europäern aus der Seele sprach, wie sie sagten, so plädierten sie dennoch für kleinere, machbare Schritte auf dem Weg dorthin.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Brandenburg

Europaausstellung erfolgreich im Landtag

„Deutsche Einheit und Europäischer Einigungsprozess – Zwei Seiten derselben Medaille und Auftrag zur Weitergestaltung“: Die von der Europa-Union Brandenburg initiierte Ausstellung konnte zwei Wochen lang erfolgreich im Landtag Brandenburg gezeigt werden. Das Projekt wurde in Kooperation mit dem EUD-Bundesverband und dem Landtag organisiert. In der Ausstellung wird nicht nur auf die Deutsche Einheit und den europäischen Einigungsprozess im pro-europäischen Sinne eingegangen, sondern es geht auch um die EU-bezogenen Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten von Regionalparlamenten, dargestellt am Beispiel des Landtags Brandenburg.

Aus brandenburgischer Sicht spielen zwei aktiv begleitete Pilotprojekte dabei eine besondere Rolle: das Pilotprojekt „Netzwerk regionaler Hubs zur Bewertung der Durchführung der EU-Politik“ und das Pilotprojekt „Input aus politischen Debatten in Regio-

nalparlamenten“. Beide Pilotprojekte werden auch als Teil und Ausdruck einer „neuen EU-Arbeitsweise“ bezeichnet, denn sie legen ein besonderes Augenmerk auf das Konzept der sog. „aktiven Subsidiarität“ und verfolgen damit das Ziel einer frühzeitigen Einbeziehung der Erfahrung von Regionen und Kommunen in das EU-Gesetzgebungsverfahren.

Die Europa-Union Brandenburg freut sich über dieses besondere Engagement des Landtags, hat dieses doch auch zum Ziel, über die Abgeordneten die EU und ihre Auswirkungen den Bürgerinnen und Bürgern des Landes näher zu bringen.

Erfreulich war auch, dass in der ersten Plenarwoche diese Europa-Themen im Rahmen eines europapolitischen Dialogs durch Video-Zuschaltung des AdR-Präsidenten Apostolos Tzitzikostas sowie durch eine europapolitische Landtagsdebatte mit dem



Ausstellungsrundgang: Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke mit Jörg Wojahn, Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Berlin, und Mark Speich, Europa-Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund (v.l.)

Foto: Landtag Brandenburg/Konstantin Gastmann

Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Berlin, Jörg Wojahn, und dem Vorsitzenden der deutschen Delegation beim AdR, Mark Speich, angereichert werden konnten. Die im Foyer vor dem Plenarsaal aufgebaute Ausstellung konnte dabei die Vielfalt dieser europäischen Themen gut veranschaulichen. Sobald die Corona-Einschränkungen aufgehoben werden, wird die Ausstellung in Schulen des Landes gezeigt werden.

Verantwortlich: Wolfgang Balint

Niedersachsen

Jetzt muss gehandelt werden!

Am 1. Juli übernahm Deutschland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. „Jetzt muss gehandelt werden. Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das europäische Friedenswerk und muss seinen Einsatz erhöhen, damit das in Jahrzehnten Aufgebaute für künftige Generationen gesichert und weiterentwickelt werden kann“, meinte aus diesem Anlass der Landesvorsitzende Harm Adam.

„Die Corona-Pandemie hat anfänglich zu nationalen Alleingängen wie dem unverhältnismäßigen Schließen von Grenzen geführt und verdeutlicht, dass auf Feldern wie der Zusammenarbeit im Gesundheitsschutz dringender Bedarf für eine Vertiefung der europäischen Integration besteht, das heißt mehr Solidarität und gemeinsame Verantwortung“, führt Adam weiter aus. Die Europa-Union betrachtet den zeitnahen Beschluss eines Wiederaufbauprogramms für Europa in Verbindung mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen als vordringlich und unterstützt hier ausdrücklich den Geist der deutsch-französischen Initiative und den Vorschlag der Europäischen Kommission. „Wir fordern klare Auflagen hinsichtlich der demokratischen und rechtsstaatlichen Verfasstheit aller EU-Mitglieder als Voraussetzung für Mittel aus dem Wiederaufbauprogramm und Strukturfonds“, unterstreicht Adam und ergänzt: „Unabdingbar ist eine intelligente Verbindung europäischer Zuschüsse und Darlehen mit den Zielen des Grünen Deals und der europäischen Digitalisierungsstrategie.“

Von besonderem niedersächsischen Interesse sind aus der Sicht der Europa-Union die laufenden Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich. Adam: „Großbritannien kann für die EU ein Musterbeispiel sein, wie wir uns mit externen Partnern eine neue partnerschaftliche globale Sicherheitsarchitektur und eine faire, Klima- und Umweltziele berücksichtigende multilaterale Handelsordnung vorstellen. Ohne mutige institutionelle Reformen, ein einheitliches Wahlrecht für die Wahlen zum

Europäischen Parlament, den Verlust nationaler Vetomöglichkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik kommen wir nicht voran und werden wir im Wettbewerb gerade mit China, Russland und auch den USA nicht bestehen können. Dazu benötigen wir umgehend ein tragfähiges Konzept für die Konferenz zur Zukunft Europas, damit diese spätestens 2021 durchstarten kann. Wir haben nicht mehr viel Zeit, um nicht dauerhaft abgeschlagen zu agieren.“ Die deutsche Politik müsse ihrer Verantwortung in der Ratspräsidentschaft gerecht werden.

Göttingen

Solidaritätskundgebung mit den Menschen in Belarus: Die Europaabgeordnete Viola von Cramon und der Göttinger Kreisverband hatten kurzfristig zu einer sonntäglichen Solidaritätskundgebung mit den Menschen in Belarus am 20. September am Göttinger Gänseliesel aufgerufen. Auch die Deutsch-Französische Gesellschaft und die Deutsch-Polnische Gesellschaft sowie die JEF hatten für eine Teilnahme geworben. Mit ihrer Mobilisierung gegen das Regime, für freie Wahlen, für Freiheit und Demokratie haben die Menschen in Belarus, allen voran mutige Frauen, bereits bewiesen, dass die Zeit von brutalen Autokraten immer nur zeitlich begrenzt sein kann.



Die Göttinger Solidaritätskundgebung für Belarus

Hameln

Ersatz-Preisverleihung sorgte für strahlende Gesichter: Schülerinnen und Schüler aus der Region Hameln-Pyrmont



Wettbewerbssieger Sören Heinze mit Johannes Schraps
Foto: Kiel

konnten beim diesjährigen Europäischen Wettbewerb (EW) teilweise sehr hochkarätige Preise gewinnen. Leider aber fiel aufgrund der Corona-Pandemie die festliche Preisverleihung im Landtag aus, die für Ende Mai angesetzt war. Um wenigstens einen regionalen „Ersatz“ anzubieten, ehrte der Kreisverband Hameln die Sieger und Siegerinnen aus den regionalen Schulen. Neben Getränken und Kuchen sowie einer stimmungsvollen Ehrung gab es auch einige Grußworte. So erinnerte Johannes Schraps MdB, seit kurzem nomineller Schirmherr des EW in der Region, an die Bedeutung der europäischen Zusammen-

arbeit gerade angesichts großer Herausforderungen. Schraps wies wie auch der stellvertretende Kreis- und Landesvorsitzende Cord Wilhelm Kiel auf die aktuelle Bedeutung einer überparteilichen Bürgerbewegung in Krisenzeiten wie diesen hin.

Verantwortlich:
Cord Wilhelm Kiel

Hessen

Landesausschuss digital

Zum 2. digitalen Landesausschuss des Jahres konnte Landesvorsitzender Thomas Mann über 20 Teilnehmende begrüßen. Neben den Herausforderungen der Corona-Pandemie für die Verbandsarbeit wurden auch Handlungsfelder der EU erörtert wie etwa der EU-Finanzrahmen oder die Gesundheits- und Außenpolitik. Angeregt diskutiert wurde auch die Lage in Belarus und Armenien. Berichte aus den Kreisverbänden, der JEF und über die Europäische Akademie Schlüchtern zeigten die vielfältige Arbeit des über 1500 Mitglieder starken Landesverbandes, der sich in dem Meeting auch auf Aktivitäten für 2021 vorbereitet hat.

JEF

Neuer Vorstand: Von der JEF-Landesversammlung Ende September ging ein starkes Signal aus. „Wir werden Europa nicht im Regen stehen lassen!“, so Landesvorsitzender Friedel Pape. Trotz Corona-Auflagen, verkürztem Programm und umfangreicher Hygienevorschriften konnten Vorstandswahlen durchgeführt werden, bei denen Friedel Pape als Landesvorsitzender im Amt bestätigt wurde. Ihn unterstützen Schatzmeister Philipp Krassnig, Geschäftsführer Stefan Schwarz sowie als Beisitzer Daniel Gerjets, Franziska Schneider, Jordan Elias Vosseler und Yehezkiel Dayen Julio Lasut.



Frisch gewählt: Die neue Führung der JEF Hessen
Foto: JEF Hessen

Bundeskongress: Die Hessin Clara Föller wurde bei nur einer Gegenstimme zur neu-

en Bundesvorsitzenden der JEF Deutschland gewählt. Die Versammlung, die unter dem Eindruck der Corona-Pandemie in Hybridform durchgeführt wurde, stand ganz im Zeichen der Zukunft der EU.

Lahn-Dill

Deutsch-britische Städtepartnerschaften im Zeichen des Brexit: Ihre Bedeutung stellte der Kreisverband in Zusammenarbeit mit dem Lahn-Dill-Kreis und der Stadt Wetzlar im Rahmen einer Online-Diskussion mit Referat von Dr. Sigrid Fretlöh heraus. Fazit: Deutsch-britische Städtepartnerschaften werden künftig mehr denn je Grundlage sein für eine persönliche und freundschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich.

Schlüchtern-Gelnhausen

Feierliche Gründungsversammlung: 70 Jahre nach Gründung der Europäischen Akademie kehrte diese Einrichtung als gemeinnütziger Verein in die Europastadt Schlüchtern zurück. Zum Vorsitzenden gewählt wurde Thomas Otto Schneider, der von Petra Schneider (stellv. Vorsitzende) und Jonathan



Der Vorstand der Europäischen Akademie Schlüchtern
Foto: EUD Hessen

Bulling (Schatzmeister) sowie dem Kuratorium um den ehemaligen Europaabgeordneten Thomas Mann, Gerhard Gärtner, Franz Reinhard Platz und Jan Ludwig unterstützt wird.

Kassel

Kontakte nach Danzig: Für 2020 hatte der Kreisverband große Pläne: Im September sollte die 2. Europäische Bürgerbegegnung stattfinden. Wegen Corona blieb es bei der monatelangen Planung; die Vorfreude des Organisationsteams ist trotzdem nicht verfliegen.

Damit ein weiterer Anlauf gelingt, wurden die bereits geknüpften Beziehungen zu den europäischen Partnern intensiviert. Das jährlich in Danzig stattfindende Vilnius-Festival bot dazu Gelegenheit. Auf Einladung der Danziger Stadtverwaltung machte sich ein dreiköpfiges Team des Kreisverbands auf den Weg. Das Programm war intensiv, sehr abwechslungsreich und voller Erfolge: Das II. Allgemeinbildende Lyzeum in Sopot signalisierte beim Besuch große Bereitschaft zu einem Schüleraustausch und kooperiert inzwischen mit einer Kasseler Schule. Bei der Eröffnungsfeier des Festivals tauschte sich die Delegation mit Magdalena Adamowicz MdEP aus. Am Abend wurden mit Danzigs Vize-Bürgermeister die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgelotet. Der zweite Tag begann mit einem Besuch im Europäischen Solidarnosc Zentrum und einem ausführlichen Gespräch mit Dr. Grzegorz Piotrowski von der Wissenschaftsabteilung. Im Anschluss erläuterte uns Monika Popow (Metropolregion Gdansk Gdynia Sopot) das Danziger Integrationsmodell, ein deliberatives Konzept der Integration von Migranten. Den Abschluss bildete eine Begegnung zum Thema Rechtsstaatlichkeit mit Vertretern der Rechtsanwaltskammer.

Waldeck-Frankenberg

„Wer zahlt eigentlich die Rettung in Europa?“ Zu einer spannenden Hybridveranstaltung über die europäischen Perspektiven von Covid-19 konnten der Kreisvorsitzende Dr. Lasse Becker und Geschäftsführer Dr. Jürgen Römer die Vizepräsidentin der Region Emilia-Romagna, Elly Schlein, und den Europa-Staatssekretär des Landes Hessen, Mark Weinmeister, begrüßen.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Debatte im Roncalli-Haus: Engagierte Europa-Freunde diskutierten dort Erwartungen an den neuen US-Präsidenten, den Kampf gegen Corona, Schwerpunkte des EU-Haushaltes, den Brexit und das Verhältnis zwischen der EU und der Erdogan-Türkei. Als kompetenten Gesprächspartner konnte Kreisvorsitzender Peter H. Niederelz den Europaabgeordneten Michael Gahler begrüßen.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Nordrhein-Westfalen

Digital vernetzt

Vereinsarbeit in Corona-Zeiten erfordert oftmals ein Umdenken. Anstelle der ins Jahr 2021 verschobenen Landesversammlung fand am 24. Oktober der erste digitale Landesausschuss in NRW statt. Gemeinsam mit den Delegierten der Kreisverbände und dem Landesvorstand wurde auf die Ereignisse seit der letzten Landesversammlung zurückgeblickt, laufende Projekte erörtert und auch erste Projektplanungen für 2021 vorgestellt.

Seminarreihe zur Ratspräsidentschaft

Ebenfalls online ging es mit Volldampf weiter in der Dialogreihe zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Nach der Auftaktveranstaltung am 2. September wurden gemeinsam mit den Kreisverbänden verschiedene Themenschwerpunkte bearbeitet. Zur Unterstützung der Online-Arbeit und dem Erwerb zusätzlichen Know-hows diente auch ein Online-Seminar zum Thema „Gute Onlineformate organisieren“ mit Dr. Karin Windt von der Agentur webgewandt.

Den Anfang machte dabei der Kreisverband Monheim am Rhein, welcher am 7. Oktober mit der örtlichen VHS das Thema „Klimawandel begrenzen – Herausforderungen und Strategien für eine post-fossile Entwicklung“ bearbeitete. Die Debatte fand zwar vor Ort statt, wurde aber im Anschluss im Internet als Video veröffentlicht. Als Gast dabei war Professor Dr. Peter Hennieke vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Am 23. November folgte der Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg mit dem außenpolitischen Fokus „Ein starkes Europa in der Welt: Rolle, Herausforderungen und Mittel der EU“. Besondere Gäste waren Pamela Preusche, Europäische Korrespondentin im Auswärtigen Amt, und Christian E. Rieck. Er lehrt an den Universitäten Potsdam und Humboldt zu Berlin sowie in Madrid. Als

Moderatorin führte Dr. Birgit Bujard vom Team Europe der Europäischen Kommission durch den Abend.

Anfang Dezember luden die Kreisverbände Aachen und Köln zum Thema „Europa – Flucht – Migration“ ein. Unter der Leitung von Moderatorin Anne Gödde (ebenfalls Mitglied im Rednerpool Team Europe der EU-Kommission) diskutierten die Gäste gemeinsam mit Daniela Neuendorf, 2. Vorsitzende Refugees Foundation e. V. in Köln, und Dr. J. Olaf Kleist vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung aus Berlin.

Alle Veranstaltungen waren mit jeweils über 30 Personen gut besucht. Zum Teil fanden sich im Publikum sogar überregionale Gäste aus anderen Teilen der Bundesrepublik. Die Diskussionen waren immer lebhaft und konnten einen guten Einblick in die jeweiligen Schwerpunkte liefern. Die geplante Ergänzung des Formats um kleinteilige „Küchentischgespräche“ musste wegen Corona leider aufgegeben werden.

Anstelle der „Küchentischgespräche“ lud der Kreisverband Steinfurt am 9. Dezember zu einer weiteren Online-Diskussion ein. „Wie stark ist die EU wirklich?“, lautete das Thema, in dem das Verhältnis zwischen der EU und China im Mittelpunkt stand. Das von China aktuell mit 15 asiatischen Staaten abgeschlossene weltgrößte Handelsabkommen brachte der Veranstaltung eine hohe Aufmerksamkeit und nahezu 100 Teilnehmer.

2021 soll die Reihe komplettiert werden mit zwei Veranstaltungen: eine zur Perspektive der Europa-Union im Speziellen und eine zum gesammelten Abschluss der Projektreihe.

JEF

JEF erhält Auszeichnung Europaaktive Zivilgesellschaft: Bei der diesjährigen Vergaberunde der Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“ des Landes NRW gelang es der JEF, die Juroren zu überzeugen, wobei die Bildungsprojekte zur Simulation des Europäischen Parlaments (kurz „SimEP“) im Mittelpunkt standen.

Der Europaminister des Landes, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, gratulierte der JEF und anderen Preisträgern mit den Worten: „Die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure setzen sich für ein bürgernahes, lebendiges und zukunftsfähiges Europa ein. Sie tragen die Bedeutung der europäischen Idee mit kreativen und nachhaltig wirkenden Initiativen in die Herzen und Köpfe der Menschen. Die Landesregierung ist stolz darauf, diesen Einsatz für Europa wertschätzen und würdigen zu dürfen.“

Die Auszeichnung ist unbefristet gültig. Wir freuen uns sehr über diese Würdigung insbesondere der europapolitischen Bildungsarbeit und des langjährigen Engagements der JEF.

Verantwortlich: Simon Gutleben



Gesicht zeigen!

Das ist momentan etwas schwierig, aber mit unserer neuen EUD-Mund-Nasenbedeckung kann man selbst in der Pandemie ein Zeichen setzen! Das Verbandslogo auf der einen Seite, auf der anderen europäische Sterne in Weiß. Der Bundesverband ließ zunächst Prototypen für die Landesverbände produzieren, aber natürlich dürfen alle: Gerne gibt die Bundesgeschäftsstelle an Kreisverbände, die die Masken für ihre Aktionen selbst produzieren möchten, die Druckdatei und den Kontakt zum Hersteller weiter.

Foto: EUD

Baden-Württemberg

Landesausschuss

Die turnusmäßige Landesausschuss-sitzung am 10. Oktober hat diesmal nicht wie geplant in Mannheim, sondern Corona bedingt virtuell getagt. Neben verbandsin-ternen Themen und einem Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Franziska Brantner über die Konferenz zur Zukunft Europas stand vor allem die Diskussion des Leitetrags im Mittelpunkt. Sein Titel: „Den europäischen Wiederaufbau mit den Kom-munen gestalten“.

Europapolitische Matinée

Am 18. Oktober trafen sich interessier-te Europäerinnen und Europäer zu unserer ersten Europapolitischen Matinee. Wir set-zen damit eine Idee der 4. Hertensteiner Ge-spräche um. Den Auftakt als Impulsgeberin machte unsere Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP. Nach knapp 90 Minuten beendeten wir den umfassenden Austausch zu Themen wie Brexit, Europäische Verfas-sung, Klimaschutz, Asyl- und Einwande-rungspolitik und vieles mehr. Die Reihe wird mit weiteren Gästen fortgesetzt.

Junge Europäer – JEF

European Think Tank: Auf Initiative des stellv. Landesvorsitzenden Philipp Hausmann wurde eine europapolitische Schreibwerkstatt ins Leben gerufen mit dem Ziel, über aktuel-le politische Fragestellungen aus der EU ins Gespräch zu kommen und sich inhaltlich zu positionieren. Einmal im Monat treffen sich JEFerinnen und JEFer aus ganz Baden-Würt-temberg, um über europapolitische Themen zu diskutieren und inhaltliche Anträge her-auszuarbeiten. Am 26. Oktober wurde digital über das Thema Nachhaltigkeit debattiert. Hierzu wurde unter anderem ein Statement zur europäischen Agrarpolitik veröffentlicht.

Social Media Relaunch: Aus einer Um-frage an die Kreisverbände ging hervor, dass diese sich Verbesserungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wünschen. Daher hat

Pressesprecher Mark Wendt das Thema auf-gegriffen und eine neue Social Media Strate-gie vorgestellt: Einheitlichere, professionelle Beiträge, mehr inhaltliche Statements und ein neues Corporate Design gehören dazu. Erste Formate, die derzeit ausprobiert werden, sind: #EuFacts (Fakten zur EU), #EUNews (Nach-richten aus der EU) und #NeuesAusDenKVs (Aktuelle Infos aus den Kreisverbänden). Mehr auf Instagram: @jef_bawue und Facebook: Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg.

Ludwigsburg

Partnerschaft mit Italien: Die deutsch-italienische Freundschaft in Zeiten der Cor-na-Pandemie stand im Zeichen einer Veran-staltung des KV Ludwigsburg mit dem Land-ratsamt. Europaminister Guido Wolf, Profes-sor Alberto Barzano aus der Partnerprovinz Bergamo und der deutsche Generalkonsul in Mailand, Claus Robert Krumrei, diskutierten über die Rolle der EU zur Überwindung der Pandemie und den Beitrag der deutschen Ratspräsidentschaft. Zu Beginn hatte Landrat Dietmar Allgaier auf die vielfältigen Verbin-dungen des Landkreises Ludwigsburg nach Europa hingewiesen, die es gerade in Krisen-zeiten zu bewahren gelte.

Bei der Ludwigsburger Kreisversammlung im Vorfeld der Veranstaltung zog der bishi-ge Kreisvorsitzende Landrat a. D. Rainer Haas, der nicht erneut kandidierte, eine erfolgreiche Bilanz seiner langjährigen Aktivitäten für die Europa-Union und die europäische Idee im Landkreis. Zu seinem Nachfolger wurde Bür-germeister Markus Kleemann gewählt, Land-rat Dietmar Allgaier zum 2. Vorsitzenden. Der stellv. Landesvorsitzende Florian Ziegenbalg überreichte Rainer Haas für seine Verdienste die goldene Ehrennadel der Europa-Union.



Der neue Ludwigsburger Kreisvorstand mit Europaminister Wolf
Foto: EUD Baden-Württemberg

Heilbronn

Hertensteiner Gespräche: Wegen CO-VID-19 fanden die inzwischen bereits 4. Hertensteiner Gespräche rein virtuell statt. Trotz der neuen Lage fanden sich u. a. mit Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL, Michael Georg Link MdB, Prof. Dr. Walther Heipertz und EUD-Generalsekretär Christian Moos erneut sehr interessante und gut informierte Gesprächsteilnehmer, welche zudem auch als Impulsgeber oder Moderatoren fungierten. Auch Landesge-schäftsführerin Bettina Kümmerle, die Euro-pabeauftragte des Heilbronner Landkreises, Carmen Kieninger, und der JEF Kreisvorsit-zende Leonhard Reinwald brachten sich erneut sehr aktiv bei den Gesprächen ein. So konnte Kreisvorsitzender Heinrich Kümmer-le nach einem zweitägigen Gesprächs-marathon wiederum ein sehr positives Fa-zit ziehen. Weitere Informationen auf: <https://euhn.eu/hertenstein>.

Achern

Neuer Vorsitzender: Die Mitgliederver-sammlung des Ortsverbandes hat Fabian Sauter-Servaes einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der Gymnasialleh-rer ist damit Nachfolger von Peter Lorenz, der dem Verband seit 2016 vorstand und nicht mehr antrat. Stellv. Vorsitzender ist Matthias Neuburger.

Göppingen

Vorstand bestätigt: Daniel Frey bleibt an der Spitze des Kreisverbands; in der Mitglie-derversammlung wurde der Vorsitzende ein-stimmig wiedergewählt. In seiner Rede ging Frey zunächst auf die Arbeit des Verbandes in den zurückliegenden zwei Jahren ein und betonte, dass man – auch unter Coronabe-dingungen – das Gesicht Eu-ropas im Landkreis Göppingen sei. Ebenfalls einstimmig wie-dergewählt wurden die beiden stellv. Vorsitzenden Gisela Hack und Martina Heer. Daniel Frey führt den Kreisverband seit zwölf Jahren.

Verantwortlich:
Florian Ziegenbalg

Berlin

Starkes Zeichen für Europa

Parteiübergreifend, pro-europäisch und politisch engagiert: Am 5. November gründete sich die Parlamentariergruppe der Europa-Union Berlin im Berliner Abgeordnetenhaus. Wir freuen uns riesig über diesen Meilenstein und dass wir nun bald mehr Europa in Berlin auch im Parlament spüren werden. Die Gründungsmitglieder sind (in alphabetischer Reihenfolge): Stefan Förster (FDP), Stefan Evers (CDU), Christian Gräff (CDU), Silke Gebel (Bündnis90/Die Grünen), Thomas Isenberg (SPD), Susanna Kahlefeld (Bündnis 90/Die Grünen), Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen), Carsten Schatz (Die Linke), Roman Simon (CDU), Frank Zimmermann (SPD). Die Abgeordneten Evers und Gebel werden für die Parlamentariergruppe sprechen.

Stefan Evers sagte: „Die Gründungsmitglieder schätzen sich parteiübergreifend – und bekommen mit der Parlamentariergruppe eine Plattform, um den Grundkonsens über europäische Politik stetig neu auszuhandeln.“ Evers bezog sich auf die Kampagne #EuropainBesterVerfassung, welche vom Landesverband gemeinsam mit der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg (JEB) Mitte Oktober 2020 gestartet wurde. Diese hat zum Ziel, einen Europabezug in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen. Evers kündigte an: „Ziel ist, dass wir inner-

halb der Gruppe einen parteiübergreifenden ersten Aufschlag im Sinne eines gemeinsamen Geistes erarbeiten.“ Silke Gebel sagte: „Mich verbindet eine lange Geschichte mit der Europa-Union. Diesen interfraktionellen Impuls für die Europäische Idee habe ich immer gerne in das Parlament getragen. Diese Gruppe bietet dafür eine großartige Chance, um einen europäischen Impuls aus dem Abgeordnetenhaus heraus zu setzen.“

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann betonte als EUB-Landesvorsitzende: „Die Gründung der Parlamentariergruppe legt einen weiteren Baustein zur Vertiefung der Europäischen Idee in unserem Berlin.“ Dafür brauche es den überparteilichen Raum, den das Engagement in der EUB biete. Bei der Gründungsversammlung sprachen und gratulierten außerdem Rainer Wieland MdEP als Präsident der Europa-Union Deutschland sowie der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland MdA.

„Europa in bester Verfassung“

Europa muss in die Berliner Verfassung. Als Stadt zwischen Ost und West hat Berlin Europa und Europa Berlin mitgeprägt. Unsere Stadt lebt europäische Freiheit, Vielfalt und Weltoffenheit. Mit einem klaren Bekenntnis zu Europa in der Verfassung kann Berlin die Zukunft der Europäischen Union glaubwürdig mitgestalten. In Verantwortung für die eigene Geschichte, für kommende Generationen und für die vielen Europäerinnen und Europäer,



Am 5. November war es endlich soweit: Das Abgeordnetenhaus Berlin bekam seine eigene EUD-Parlamentariergruppe.
Grafik: EUD Berlin



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

5/2020

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i. S. d. P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.12.2020
Annahmetermin für Ausgabe 1/2021: 15.1.2021
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

die hier leben, muss Berlin sich endlich zum europäischen Einigungsprozess bekennen.

Mitte Oktober starteten wir zusammen mit der JEB unsere Kampagne #EuropainBesterVerfassung. Wir hoffen, demnächst mit den anderen 14 Bundesländern gleichzuziehen. Dann fehlt nur noch die Hansestadt Hamburg. Mehr Infos unter: <http://europainbesterverfassung.berlin>

Verantwortlich: Katharina Borngässer

Weihnachten auf Europäisch

Am Ende eines harten Jahres verdienen wir wohl alle etwas Nervennahrung! Und was läge für Herzenseuropäer näher als zu schauen, was in den Nachbarländern typischerweise an den Feiertagen genascht wird? Und die Zeit des Lockdowns zum Ausprobieren zu nutzen? Den Auftakt für unsere neue weihnachtliche Rezeptsammlung bilden Rumänien und Großbritannien – quasi mit einem süßen Abschiedsgruß ...



Foto: Fiona Dyas

Mince Pies

Mincemeat – die (trotz des Namens vegetarische!) Füllung:

75g brauner Zucker, 100ml Brandy oder dunkler Rum, 300g getrocknete Cranberries oder Preiselbeeren, 75g Sultaninen, 75g Korinthen, ein kleiner geschälter Apfel, 50g Mandelstifte, abgeriebene Schale einer Orange, 1 TL Zimt, 1 TL Ingwer, 1/2 TL gemahlene Nelken (oder 2 1/2 TL Lebkuchengewürz), 1/2 TL Vanilleextrakt, 50g Butter

Die Früchte klein schneiden und alle Zutaten, außer den Brandy, in einer großen Pfanne sanft erhitzen, bis die Butter geschmolzen ist. Unter Rühren etwa zehn Minuten köcheln lassen. Abkühlen lassen und erst dann den Brandy oder Rum untermischen und eine Nacht ziehen lassen.

Mürbeteig – die Pasteten:

280g Mehl, 110g Butter, 20g Zucker, 1/4 TL Salz, ca. 40ml Wasser oder Milch, Puderzucker zum Bestreuen

Mehl, Salz, Zucker und Butter in eine Schüssel geben und verkneten. Mit etwas Wasser zu einem glatten Teig vermengen und kalt stellen. Aus dem dünn ausgerollten Teig etwa 10 cm große Kreise ausstechen und in die gefetteten und bemehlten Muffinformen geben. Je einen Löffel Mincemeat in die Förmchen füllen. Etwa 20 Minuten bei 180 Grad im Ofen backen, danach leicht abkühlen lassen und mit Puderzucker bestreuen.

Übrigens: Mince Pies bekommt traditionell auch der Weihnachtsmann mit einem Glas Milch am Kamin bereitgestellt, um sich auf seiner großen Tour zu stärken.

Cozonac

Der Hefeteig:

400g Mehl, 1 Würfel Hefe, 125ml warme Milch, 80g Zucker, 1 Prise Salz, 100g Butter, 2 Eigelb

In einer kleinen Schüssel die Hefe in kleine Stücke zerbröseln, 1 EL Zucker und die warme (nicht heiße!) Milch hinzugeben und verrühren. Das Mehl in eine große Schüssel sieben, Butter in Flocken dazugeben, dann Eigelbe, Salz und den restlichen Zucker. Die Hefe-Milch darüber gießen und alles gut zu einem geschmeidigen Teig kneten. Schüssel mit einem Tuch zudecken und an einem warmen Ort ruhen lassen, bis sich die Teigmenge etwa verdoppelt hat.

Die Nussfüllung:

200g gemahlene Haselnüsse, 50g gehackte Walnüsse, 5 Eiweiß, 180g Zucker, 1 Prise Salz, 1 TL Vanillezucker, 1 TL geriebene Zitronenschale, 2 EL Kakaopulver



Locker-luftig und mit leckerer Nussfüllung: Cozonac (gesprochen: Kosonak) wird in Rumänien zu allen hohen Feiertagen gebacken. Er hält sich, in Frischhaltefolie eingepackt, eine Weile. Foto: MOTOgraphybyMBN

Eiweiße mit dem Salz zu Eischnee schlagen, Zucker und Vanillezucker einrieseln lassen, die Zitronenschale und Kakao einrühren und dann die Nüsse unterheben. Wer mag, gibt 2 EL Rum dazu. Alles zur Seite stellen.

Einrollen und Backen:

Für die Glasur: 1 Eigelb, 2-3 EL Milch, nach Belieben Hagelzucker oder Mandelsplitter

Eine Kastenform mit Backpapier auslegen und die Arbeitsfläche mit Mehl bestäuben. Den Hefeteig nochmals durchkneten und etwa auf Länge der Kastenform möglichst rechteckig ausrollen. Die Füllung darauf verstreichen und dann möglichst eng aufrollen.

Die Teigrolle mit der Kante nach unten in die Kastenform legen und zugedeckt nochmals gehen lassen, etwa 30 Minuten. Bei etwa 180 Grad (Umluft) etwa 35 Minuten backen, bei Bedarf mit Alufolie abdecken, damit der Cozonac nicht zu dunkel wird. Eigelb mit Milch verquirlen. Die Form aus dem Ofen holen und die Eiermilch vorsichtig auf den Teig streichen, nach Belieben noch Hagelzucker oder Mandeln darüberstreuen. Nochmals für weitere 10-15 Minuten backen. ■

Europa-Union trauert um Ulla Kalbfleisch-Kottsieper

„Ich bin dann mal weg. Es war schön mit euch ...“ Auf diese für sie ganz typische Weise verabschiedet sich Ulla Kalbfleisch-Kottsieper aus dem Leben. Im Alter von 71 Jahren ist sie am 29. November verstorben. Mit ihr verlieren wir eine langjährige Wegbegleiterin und engagierte Mitstreiterin aus unseren Reihen.

Europa lag Ulla „Kako“ am Herzen, dafür hat sie sich zeitlebens eingesetzt, im Beruflichen wie auch in vielen ehrenamtlichen Funktionen – in der Europa-Union, aber auch an anderer Stelle. Sie gehörte 15 Jahre (2001 bis 2015) dem EUD-Präsidium an, davon sechs Jahre als Vizepräsidentin (2003 bis 2009). Auch auf Landesebene war sie aktiv und hatte mehrere Jahre das Amt der Vorsitzenden der Europa-Union Thüringen inne. Zahlreiche erfolgreiche Aktionen der Europa-Union hat „Kako“ mitinitiiert und begleitet, u. a. die Initiativen zur Wahlrechtsausweitung für Unionsbürger, zur Europabeflaggung des Bundestages und zum Abspielen der Europahymne im DLF. Für ihre Verdienste um den Verband und die europäische Einigung wurde sie 2015 mit der Europa-Union-Medaille geehrt. Wir werden Ulla Kalbfleisch-Kottsieper ein dankbares und ehrendes Gedenken bewahren. ■

